

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 60 Bielefelder bei eigenem Postamt bestellt. — Jahrespreis 12.50 unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 20 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 16.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 20. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Wenn das Wasser sich in Staubregen zersplittert, kann es keine Mühle treiben, und wo Klang und Humor an Tür und Fenster ist, passiert im Hause nicht viel Tüchtiges.

Matthias Claudius.

Theorie und Praxis.

Es ist ein Vorzug, den unser „Aufwärts“ vor anderen Tageszeitungen hat, daß er in politischen und wirtschaftlichen Fragen keine starren Dogmen vertritt, sondern versucht, soziale Probleme durch Herausstellen aller Gesichtspunkte zu klären und ihrer Lösung näher zu bringen. Zu diesem Zwecke wolle man mir gestatten, zu den verschiedenen in letzter Zeit behandelten Fragen kurz Stellung zu nehmen.

Inflation. Jede Papiergeldvermehrung ohne Gold- oder Devisendeckung bewirkt eine Geldentwertung mit all ihren unheilvollen Folgen, die wir 1919 bis 1923 erlebt haben. Sämtliche Gläubiger wurden aufs neue betrogen, alle Preise und Löhne wieder in die Höhe geschossen und es wurde ein wilder Kampf um die „Sachwerte“ entfesselt. Einer vorübergehenden Scheinblüte würde ein fürchterlicher Zusammenbruch folgen. Wer auf eine Inflation hinarbeitet, begeht ein Verbrechen. (Für eine Papiergeldvermehrung in diesem Sinne ist im „Aufwärts“ bis jetzt niemand eingetreten.)

Deflation. Wenn durch einen allgemeinen Preisabbau die Kaufkraft des Geldes steigt, so halte ich das für unbedenklich, selbst wenn damit eine Lohnherabsetzung und eine Verminderung der Steuererträge verbunden ist. Praktisch ist es für eine Arbeiter- oder Beamtenfamilie gleich, ob sie heute 300.— oder demnächst 250.— Mark monatlich zur Verfügung hat, wenn das letztere Einkommen später die gleiche Kaufkraft hat, wie heute 300.— Mark. Auch die Mieten könnten ohne weiteres auf den Friedensstand gesenkt werden, wenn die ungerechte Hauszinssteuer beseitigt würde.

Nichtig ist, daß die Ladengeschäfte und Fabriken bei Preisrückgängen einen erheblichen Schaden haben, aber auch hier gestattet die erhöhte Kaufkraft des Geldes eine Ergänzung des Lagers auf den früheren Stand. Sollten wirklich die Sparkasseneinleger einen kleinen Vorteil haben, so ist ihnen das angesichts der großen Verluste in der Inflationszeit zu gönnen. (Leider aber haben die Spargelbesitzer von heute mit den armen Opfern des Inflationsbetruges nicht mehr allzuviel zu tun.)

Neue Inlandszahlung. Die Stetigkeit und Festigkeit unserer jetzigen Reichsmark beruht auf dem Vertrauen, das der Empfänger des Papiergeldes zur Deutschen Reichsbank hat und auch haben kann, weil unsere in sich wertlosen Papierbanknoten zu etwa 50 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt sind. Papiergeld ist ein Schuldschein, der nur dann Wert hat, wenn der Aussteller zahlungsfähig ist, genau wie bei einem Wechsel des Kaufmanns. Selbst, wenn ein neues Papiergeld „unter Bürgschaft des Reiches“ herausgegeben würde — praktisch also eine neue Anleihe in anderer Form —, so wäre eine Entwertung aller Sparkassen- und Lebensversicherungsguthaben, aller Hypotheken und aller privaten Geldforderungen unvermeidlich. (Eine deutsche Mark als Inlandszahlungsmittel wird eben deshalb gefordert, weil zu der „Mindestfischerheit“ der internationalen Goldmark kein Vertrauen mehr vorhanden ist. Eine wesentliche Vermehrung des Umlaufgeldes ist nicht nötig. Wir brauchen ein Umlaufgeld, das nicht über die Grenze geschafft werden kann.) Die Inlandsmark würde sofort weit unter den Nennwert fallen und alle Gläubiger würden aufs neue betrogen. Man wird einwenden, daß die Inlandsmark international nicht bewertet würde, das ist aber bei dem großen Export und Import Deutschlands unmöglich. (Die Innenwirtschaft mit deutschem Gelde durch die Möglichkeit, beste Qualitätswaren herzustellen, die Exportmöglichkeiten so haben, daß mit den gewonnenen Devisen [Gold oder Auslandsgeld] jeder Auslandsverkehr bewältigt und gefördert werden könnte.) Die Warenpreise und Löhne im Inland würden bald in einem gefährlichen Mißverhältnis zu den Weltmarktpreisen stehen. Wenn jemand sein Sparkassenguthaben abheben und in Devisen umtauschen wollte, vielleicht, weil er auswandern will, so würde er zu seinem Schreck merken, daß er einen großen Teil seines heutigen Vermögens eingebüßt hat.

Eine neue Rentenmark unter hypothekarischer Sicherheit des gesamten Grundeigentums ich heute m. E. bei der Ueberforderung des landwirtschaftlichen Besitzes ausgeschlossen, sie hätte auch praktisch keinen Zweck,

denn sie hätte keinen Einfluß auf die Weltmarktpreise. (Die Rentenmark hat doch nur Bedeutung als Umlaufgeld. Und diese 6 bis 8 Milliarden Umlaufgeld sind doch durch alles in Deutschland gesichert. Dieses Umlaufgeld müßte aber mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln gesichert sein.)

Wirtschaftsnot. Ich halte den Satz, daß „die Wirtschaftsnot hauptsächlich eine Folge des Geldmangels ist“, für völlig falsch. Amerika erstickt im Golde und hat doch etwa 6 Millionen Arbeitslose. Für Frankreich stimmt die Theorie scheinbar, doch ist zu berücksichtigen, daß dort 800 000 Mann unter Waffen stehen und daß sieberhaft gerüstet wird. Ferner besitzt Frankreich reiche Kolonien und glänzende Exportverhältnisse. Allerdings, wenn die Reichsbank plötzlich die Notenpresse Tag und Nacht laufen ließe, ungezählte Milliardenkredite an Länder und Gemeinden gäbe, damit diese ihre Geldvergeudungsgewohnheiten fortsetzen könnten, so würde vorübergehend eine scheinbare „Blüte“ entstehen, genau wie 1920 bis 1923. Alle Schuldverhältnisse würden auf den Kopf gestellt und das Ende wäre ein noch tieferer Sumpf als 1923. Tausende aufs neue ruinierte Existenzen und eine Zerrüttung aller Rechtsbegriffe. (Weil das alles so ist, sollten gerade die Fachleute mehr überlegen, ob Deutschland nicht einen besseren Weg gehen kann. Was nützt eine internationale Wirtschaft, die an einer Stelle Gold und Waren aufhäuft, um, um des Geschäftes willen, an der anderen Stelle die Menschen verhungern oder durch Arbeitslosigkeit verumpfen zu lassen.)

Was uns not tut, ist eiserne Sparsamkeit in Reich, Ländern und Gemeinden, nach dem Vorbild Friedrich Wilhelms I., steuerliche Entlastung der Wirtschaft, Ermäßigung der sozialen Lasten, Senkung der Ausfuhr durch Ausfuhrprämien und billige Land- und Seefrachten, Drosselung der Einfuhr von Luxuswaren aus solchen Ländern, die wenig oder nichts von uns beziehen, Zoll-erhöhungen, soweit das ohne Gefährdung der Ausfuhr möglich ist usw. Der ungeheuer aufgeblähte Beamtenkörper muß auf den Friedensstand zurückgeführt werden, die Krankenkassen sind zu verpflichten, höchstens 10 Prozent der Beiträge für Verwaltungszwecke zu verwenden, die restlichen 90 Prozent dagegen für die Kranken; dementsprechend sind die Parteienbünde zu entlassen und die Beiträge zu senken. Ferner sind alle Gehälter über 12 000.— und alle Pensionen über 6 000.— Mark ganz zu streichen, im übrigen um 10 bis 20 Proz. zu ermäßigen, soweit sie 3 000.— Mark übersteigen. Für die Frau und für jedes Kind unter 15 Jahren kommen 20 Prozent zu den Mindestlöhnen hinzu. Geschäftsgewinne über 7 Prozent des eingezahlten Betriebskapitals sind als Prämien an die Arbeiter zu verteilen. Tantiemen an Aufsichtsräte usw. dürfen 5 000.— Mark im Jahr nicht übersteigen. Privateinkommen über 12 000.— Mark zahlen 20, 24 000.— bis 50 000.— Mark 40, höhere 50 Prozent Steuerzuschlag.

Vielleicht kann auch eine ganze Anzahl hoher und höchster Stellen ganz abgebaut werden, und zwar ohne Pension.

Das Schimpfen auf die Kapitalisten ist zwecklos. In Rußland ist das Privateigentum aufgehoben, der Arbeiter ist aber dort schlimmer geknechtet als in den kapitalistischen Staaten. Uebrigens sind die Gewerkschaften und die sozialistischen Konsumvereine auch „Großkapitalisten“, z. B. der „Vorwärts“ in Barmen. (Was in diesen drei Abschnitten gesagt ist, wird bei jedem System zu beachten sein. Vielleicht könnten aber auch Vorbedingungen geschaffen werden, die die politischen Gefahren mildern, die durch solche Maßnahmen und Forderungen hervorgerufen werden.) (Schluß folgt.)

Volksentscheid in Sachsen?

Dresden, 15. Januar.

Fast ein ganzes Jahr lang behilft sich Sachsen schon mit einer rein geschäftsführenden Regierung. Die großen Parteien des Landtages haben versagt, sie sind nicht einmal in der Lage gewesen, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen, der sachungsgemäß nach jedem Sturz der alten Regierung und nach jeder Landtagswahl neu gewählt werden muß. Es handelt sich bekanntlich für Sachsen um das schwierige Problem: Rechtsregierung oder große Koalition. Als die Reichstagswahlen im vergangenen Jahr ausgeschrieben wurden, trösteten sich die sächsischen Parlamentarier damit, daß ja nun zuerst in Berlin, d. h. im Reich, das Koalitionsproblem wohl entschieden werden müsse, und daß man in Mitteldeutschland besser daran tue, dem Reich den Vortritt zu lassen. Das war nicht sehr mannhaft und klug gedacht, denn was für Berlin gilt, braucht durchaus nicht auch für Mittel-

deutschland zu gelten, im Gegenteil, dieses Mitteldeutschland, das zwischen dem Norden und Süden des Reiches steht, und als Träger deutscher Kultur und deutscher Reichspolitik eine ganz eigene Tradition und Geschichte hat, wird vielleicht schon bald auch einmal Politik machen müssen, die sich nicht unbedingt mit der Berliner Parteipolitik zu decken braucht. Außerdem aber machte Sachsen schon im vor. Jahr so ungeheure wirtschaftliche Krisen durch, daß es schon aus diesem Grunde hätte möglich sein sollen, irgendein Einvernehmen zwischen den Parteien herzustellen und ein gemeinsames schnelles Handeln zu ermöglichen. Es wurde schon damals darauf hingewiesen, daß der sächsische Freistaat doppelt so viel Arbeitslose hat als der Durchschnitt des gesamten übrigen Reiches, daß seine Industrien am gefährdetsten seien und die Defizite der Städte und Kommunen ins Unglaubliche wuchsen. Die Sünden der Väter (der marxistischen und der liberalen) rächen sich nirgends so bitter wie in Mitteldeutschland. Aber trotzdem kam keine Einigung unter den Parteien zustande. Alle Ministerpräsidentenwahlen scheiterten. Die Nationalsozialisten verlangten eine Rechtsregierung, wollten einen nationalsozialistischen oder mindestens deutschnationalen Ministerpräsidenten und vor allem ihren Parteigenossen Gregor Strasser als Innenminister. Unter Einfluß der beiden kleinen Mittelparteien, der Demokraten und Volksnationalen, hätte eine Mehrheit für diesen Plan zustande kommen können. Aber die beiden Parteien weigerten sich (auch bei den übrigen Bürgerlichen bestanden verschiedene Bedenken) und verlangten zunächst Klarstellung der Koalitionsbedingungen mit der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten hinwiederum zeigten große Vorliebe für das Regieren, sie waren nicht mehr abgeneigt, das bisher unmögliche Scheinende: Ihren Eintritt in eine bürgerliche Regierung zu vollziehen. Das erste Mal seit der Revolution von 1918. Jedoch auch diese Kombination scheiterte vor allem an dem Widerstand der Wirtschaftspartei. Es kam kein Ergebnis zustande. Die alte Regierung mußte notgedrungen im Amte bleiben, weil das Parlament nicht fähig war, eine neue an ihre Stelle zu setzen. Wie schwierig es natürlich für diese geschäftsführende Regierung ist, einigermaßen Ordnung zu halten, da ihr Arbeitsfeld ja begrenzt ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß der Haushaltsplan für 1930 noch jetzt seiner Erledigung harret. Inmitten stellt dieses sonderbare sächsische Regierungsverhältnis eine Neuheit im politischen Leben des Deutschen Reiches seit 1918 dar, denn da die sächsischen Parteien nicht in der Lage sind, eine neue Regierung zu bilden, so müssen die Parteien in Kauf nehmen, daß der an sich beschränkte Wirkungskreis der nur geschäftsführenden Regierung sich doch von Woche zu Woche automatisch erweitert. So automatisch wie sich die Not des Landes fortwährend steigert und unaufhebbarer Aufgaben für die Regierung stellt. Die Regierung ist also gewissermaßen trotz ihrer Beschränkung selbstherrlich geworden. Trotzdem sie gestürzt ist, kann ihr vorläufig niemand etwas anhaben, und wenn sie 100mal gestürzt würde, sie bleibt doch im Amte, weil die Parteien es nicht fertig bringen, sich auf eine neue Regierung zu einigen. Dieser Zustand kennzeichnet auf tiefste die Unfruchtbarkeit des modernen Parlamentarismus und läßt aus einem solchen Parlamentarismus ganz von selbst eine Art Regierungsdictatur geboren werden. Es gibt ernst zu nehmende Politiker hierzulande, die diesen Zustand noch als den allerbesten und den ungefährlichsten für die politische Entwicklung in Sachsen ansehen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die jetzige, nur geschäftsführende, aber dennoch durch die Not der Zeit ziemlich einflußreiche und von den Parteien unabhängig gewordene Regierung in Wirklichkeit weit mehr leisten könne, als eine Regierung, die ordnungsgemäß von einer ganz bestimmten Gruppe von Parteien gebildet sei und dann auch von diesen Gruppen in allen Dingen abhängig würde. Sie haben dabei vor allem zweierlei im Auge: einmal fürchten sie, daß bei der Bildung der großen Koalition den Sozialdemokraten vor allem auf kulturpolitischem Gebiet zu große Zugeständnisse gemacht werden, und daß die kulturellen Schäden, die der Marxismus dem Lande gebracht hat, nicht restlos beseitigt werden können, und zum anderen Mal tragen sie große Bedenken, ob die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung unter Führung und ausschlaggebendem Einfluß der Nationalsozialisten für die sächsische Sozialdemokratie nicht das Signal zu einer neuen Generalsammlung aller Arbeitermassen werden könne, so daß der Marxismus in Kürze seine Wählerzahl erneut ganz bedeutend steigern werde. Sie leiten ihre Bedenken vor allem aus dem Umstand ab, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Spanne zwischen den bürgerlichen und marxistischen Parteien so überaus gering war, d. h., die

*) Die in () gesetzten Bemerkungen sind Bemerkungen der Hauptschriftleitung.

Linke nur noch rund 70 — 80 000 Stimmen benötigte, um die absolute Mehrheit zu erringen. Da sich mittlerweile die Arbeitslosigkeit noch ganz erschreckend gesteigert hat und den Nationalsozialisten feither der Einbruch in das marxistische Lager nicht in nennenswertem Maße gelang, so sehen sie alle Bedingungen für eine Entwicklung in genannter Richtung gegeben. Andere wiederum die sehr gern jeden Pakt mit einer religionsfeindlichen Sozialdemokratie vermeiden möchten, behaupten, daß auch der Nationalsozialismus seinem innersten Wesen nach keine genügende Garantie für eine wirkliche christliche Erneuerung biete. So gehen die Meinungen hin und her. Aber da schließlich doch regiert werden muß, so regiert eben die längst gestürzte Regierung. Sie ist gerade nicht die schlechteste, die Sachsen seit 1918 gesehen hat, denn ihre Mitglieder sind schon nicht mehr reine Parteinteressenten, sondern Persönlichkeiten, die feinerzeit aus reinen Sachressorts genommen wurden. Eine ideale Regierung ist sie allerdings nicht. Leider hat sie auch zu wenig Instinkt dafür gezeigt, endlich die öffentliche Moral wieder zu heben und so das neue Fundament für den gesamten übrigen Wiederaufbau zu schaffen. Sachsen leidet immer noch furchtbar unter dem öffentlichen Sichereitsmangel aller möglichen, die Sitten und das Ehrgefühl des Volkes verderbenden Mittel.

Sowohl im sächsischen nationalsozialistischen Organ, dem „Freiheitskampf“, wie auch im Berliner „Angriff“ Goebbels ist nun plötzlich die Parole von einem Volksentscheid zur Auflösung des sächsischen Landtags ausgegeben worden. Die Nationalsozialisten des Reiches haben ein Interesse daran, gerade in Sachsen die politischen Nachfragen neu aufzurollen. Ihr Ziel ist nach wie vor die Bildung einer marxistenfreien Rechtsregierung mit einem nationalsozialistischen Innenminister. Dieser Pressevorstoß wird sehr bald eine Fortsetzung im sächsischen Landtag erleben, man wird sich daraufhin noch einmal für eine Ministerpräsidentenwahl entscheiden und den Termin anberaumen. Aber es ist ganz und gar unwahrscheinlich, daß bei dieser Wahl ein positives Resultat erzielt werde. Die Haltung der sächsischen Parteien hat sich in der Frage der Koalitionsbildung bis auf den heutigen Tag kaum geändert. Höchstens die beiden Volksparteien könnten, nachdem die Gemeinschaft mit den Demokraten wieder gelöst ist, unter Umständen eine etwas veränderte Haltung einnehmen. Aber auch das genügt noch nicht für eine Rechtsmehrheit. Die Demokraten halten bis zur Stunde starr an ihrer alten Ablehnung jeder Regierung fest, an der die Nationalsozialisten führend beteiligt sind. Die neuen parlamentarischen Verhandlungen werden also kaum etwas nützen. Das wissen die Nationalsozialisten. Und da andererseits auch keine Mehrheit für eine einfache Auflösung des Landtags durch das Parlament aufzutreiben ist, — eine Abstimmung in diesem Sinne hat ja schon vor Wochen stattgefunden, wobei aber nur die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten für die Auflösung stimmten — so sehen die Nationalsozialisten die letzte Möglichkeit zur Beseitigung dieses Landtags und dieser Regierung in der Einbringung eines Volksbegehrens und Volksentscheides. Ihre jetzige Ankündigung in diesem Sinne unbedingt ernst zu nehmen.

Ob nun ein solcher Volksentscheid allerdings den gewünschten Erfolg bringen wird, muß dahingestellt bleiben. Er ist auf alle Fälle ein gewagtes Experiment, und

man kann auch nicht ohne weiteres aus den bisherigen Ergebnissen der Wahlen Schlüsse ziehen. Beim Volksentscheid spielt ja nicht nur die Zahl der wirklichen Wähler, d. h. derjenigen, die zur Urne gehen, eine Rolle, sondern auch die Zahl der Wahlberechtigten. Das gewaltige Heer der Nichtwähler muß also mit in die Rechnung eingestellt werden. Diese Nichtwähler stehen von vornherein auf Seiten der Gegner des Volksentscheides. Nach der sächsischen Verfassung ist für das Volksbegehren die Zustimmung eines Zehntels der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl erforderlich. Diese Zahl wird ohne weiteres aufgebracht werden. Die Bejahung des eigentlichen Volksentscheides aber setzt die Beteiligung der Hälfte aller Wahlberechtigten und die Mehrheit der Abstimmenden voraus. Außer den Nationalsozialisten werden bestimmt die Deutschnationalen und die Kommunisten den Volksentscheid bejahen. Alle drei Parteien haben bei der letzten Reichstagswahl in Sachsen zusammen rund 1 120 000 Stimmen aufgebracht, während die erforderliche Hälfte der Wahlberechtigten rund 1 34 Millionen beträgt. Es besteht nun allerdings kaum Zweifel, daß auch die Wirtschaftspartei, die schon feither die eifrigste Vorkämpferin für eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung war, und ebenso die Landvolkspartei für den Volksentscheid und die Landtagsauflösung eintreten werden. Über trotz dieser beiden Parteien würden immer noch ungefähr 200 000 Stimmen für die Bejahung des Volksentscheides fehlen. Bei der Wirtschaftspartei muß man freilich — und das ist auch für das Reich wiederum interessant — insofern eine Einschränkung machen, als sie immerhin vor Neuwahlen in der letzten Zeit eine gewisse Angst bekommen hat. Sie ist der bisherigen Erfolge plötzlich doch nicht mehr so sicher. Schuld daran sind nicht zuletzt die peinlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Wirtschaftsparteivorstandenden Dremig und dem Abgeordneten Colosser. Die sächsische Wirtschaftspartei stellte sich auf die Seite des letzteren, der vorgab, gegen Dremig den Kampf um Reinheit und Sauberkeit in der Partei zu führen. Und gerade in Sachsen ist die öffentliche Erörterung des bedauerlichen Fühlerstreites sehr stark betrieben worden. Daraus ergaben sich für die sächsische Partei schließlich untragbare Formen, die Wähler wußten nicht mehr, woran sie waren. Bis die sächsische Parteioberleitung vom Parteivorstandenden Dremig den freiwilligen Rücktritt verlangte und — als dieser abgelehnt wurde — nunmehr unter Einschluß sämtlicher drei sächsischen Wahlkreise die Beziehungen zur Reichsparteileitung einfach abgebrochen hat. Sie hofft damit ihre Wähler besser halten zu können. Die Deutsche Volkspartei lehnt unter allen Umständen einen Volksentscheid ab. Ihr katastrophaler Rückgang bei den feitherigen Wahlen hat sie vorsichtiger gemacht. Man vertritt sich nichts Gutes von Neuwahlen. Die Sozialdemokraten haben natürlich im Augenblick auch keine Neigung für ein solches Experiment. Der Hauptanteil an den Erfolgen einer solchen Wahl würde im Moment höchstens den Kommunisten, soweit die Linke Front in Betracht kommt, zufallen.

Eins steht fest: die nächsten Wahlen werden für Sachsen sehr bedeutungsvoll sein. Das Land wird sich darauf gefaßt machen müssen, schon bald in neue Kämpfe gestürzt zu werden, die höchstwahrscheinlich alle früheren Kämpfe an Heftigkeit und an Aufwand der Mittel noch um ein Weites übertreffen dürften. Dr. A.

60 Jahre Deutsches Reich.

Die Reichsgründungsfeier im Reichstag.

Aus Anlaß der Reichsgründungsfeier der Reichsregierung war der große Sitzungssaal des Reichstags festlich geschmückt, diesmal jedoch in einfacherer Weise, als es sonst bei Feierlichkeiten im Reichstag der Fall gewesen ist, aber um so würdiger gerade für diese erste Feier. Über dem Präsidentenplatz war wie üblich der große Reichsadler angebracht, darunter die Worte aus dem Deutschlandlied: „Einigkeit und Recht und Freiheit.“ Hinter der Rednertribüne war eine Kolossalstatue des Fürsten Bismarck in Bronze aufgestellt. Rechts und links vom Präsidentenplatz und zu Seiten der Rednertribüne trugen Reichswehrsoldaten die lange Reihe der alten Fahnen des Reiches, die zum Teil schon in dem Kriege vor sechs Jahren mitgeführt waren. Vor der großen Mittelloge an der rechten Saalseite, in der der Reichspräsident wie üblich Platz nahm, hing von der Empore die Standarte des Reichspräsidenten herab. Die Reichsregierung und die Landesvertreter waren auf ihren Plätzen in reicher Zahl erschienen. Die auswärtigen Missionen waren nicht geladen, da es sich um eine rein nationale Feier handelte. Der Saal war bis auf den letzten Platz von der eingeladenen festlich gekleideten Menge, Damen und Herren angefüllt. Die Reichstagsparteien waren sämtlich eingeladen und hatten Vertreter entsandt; nur die Nationalsozialisten hatten aus den von der Fraktion bekanntgegebenen Gründen eine Teilnahme an der Feier abgelehnt, und die Kommunisten waren auch nicht vertreten. Unter den Eingeladenen befanden sich folgende

sächsische Kriegsveteranen aus dem Feldzug von 1870-71, darunter die vier ersten, die an der Kaiserproklamation im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles am 18. Januar 1871 teilgenommen hatten: Fritz Abel-Reusfahrwasser, Karl Kannerberg-Berlin, Christian Loos-Hornhausen b. Albersleben, August Stooß-Potsdam, Wilhelm Glase-Berlin, Otto Hande-Berlin, August Vinke-Berlin. Die Veteranen wurden dem Reichspräsidenten durch den Reichsinnenminister Dr. Wirth vorgestellt.

Pünktlich zur festgesetzten Stunde um 11¼ Uhr erschien

der Reichspräsident,

ehrfurchtsvoll von den Versammelten durch Erheben von den Sitzen begrüßt. Der Reichspräsident trug das Großkreuz des Eisernen Kreuzes und den Stern dazu. Er wurde begleitet von dem Reichstagspräsidenten Loh, dem Reichswehrminister Groener und dem Reichsinnenminister Wirth. Das Berliner Funkorchester unter Leitung seines Dirigenten Bruno Seidler-Winkler intonierte das Brandenburgische Konzert Nr. 3 in G-Dur von Sebastian Bach. Darauf ergriß

Professor D. Dr. Rahl

das Wort zu einer Ansprache, die er mit einem Rückblick auf den Tag der Reichsgründung einleitete. Er führte dann weiter aus: Rechtlich gesehen war nichts geschehen, vaterländisch gesehen alles. Rechtlich war die Einheit schon da. Bereits am 1. Januar waren die deutschen Staaten unter dem „Präsidium“ des Königs von Preußen zu einem neuen „Deutschen Bund“ zusammengeschlossen. Eine einzige Veränderung nur trat ein: statt „Präsident“ und „Bund“ hieß es fortan „Kaiser“ und „Reich“. Das aber war mehr als rechtliches Geschehen, es war die Krönung des Verfassungsverwerkes vom 1. Januar, es war vaterländisch alles. Was vorhergehend durch zwei Menschenalter das deutsche Volk in nationalen Dingen geträumt, gedichtet, gehandelt, worum es gestritten und gelitten

Licht im Osten.

Die Missionsgesellschaft in Bernierode, die diesen Namen führt, ist bemüht, das Licht des Evangeliums im Osten, besonders in Rußland, zu verbreiten. Dieses gewaltige Reich, das 160 Millionen Menschen umfaßt, darunter 85 Prozent Bauern, 10 Prozent Arbeiter und 5 Prozent Intellektuelle, ist durch die griechisch-orthodoxe Kirche im Dunkel des Aberglaubens gehalten worden. Schon Dostojewski hat vor 50 Jahren gesagt: „Gebt Rußland das Evangelium, denn die russische Seele schreit danach.“

Aber nur kleine Kreise der sogenannten Stundisten hatten sich um das Evangelium gesammelt. Als 1905 der große „russische Winter“ von der kleinen „japanischen Katze“ überwältigt und infolge dieser unerwarteten Niederlage die erste Revolution in Rußland ausgebrochen war, wurde eine gewisse Religionsfreiheit gestattet. Diese Zeit gab der Missionsgesellschaft „Orientmission“ den Anlaß, nun ihre systematische Evangeliumsverkündigung zu beginnen. Der Missionsinspektor Pastor Jack übernahm es, als Direktor eines Predigerseminars nach Rußland zu gehen, um einerseits Prediger auszubilden und andererseits die zerstreuten Gemeinden, die sich nun sammeln zu verfügen. Davon berichtete er in einer großen Gemeindeversammlung in Mengebe. Bis 1910 konnte er ruhig und erfolgreich arbeiten. Da lehnte sich die orthodoxe Kirche gegen die „Sektierer“ auf und erzielte ein Verbot der öffentlichen Evangeliumsverkündigung. Sie ging unterdessen in der Stille doch weiter, bis der Weltkrieg kam.

Da wurde Pastor Jack als Deutscher interniert und mit seiner Familie gefangen gehalten. Als der Krieg beendet war, wurde Jack als Deutscher ausgewiesen, trat in die Missionsgesellschaft „Licht im Osten“ ein und evangelisierte dann unter der halben Million russischer Kriegsgefangener, die noch in Deutschland verblieben waren. Tausende von Bibeln wurden unter diesen verbreitet. Nach Rußland zurückgekehrt breiteten die vom Evangelium Erfaschten das Wort Gottes weiter aus. So hat sich die evangelische Bewegung mächtig entwickelt. Aber wie steht es jetzt? Widersprechend lauten die Nachrichten, die aus dem Sowjetstaat zu uns dringen. Aber Rußland ist ja ein Land voll von Widersprüchen. Zunächst hat die bolschewistische Diktatur die Evangelischen geschont, weil sie hoffte, mit ihrer Hilfe die alte orthodoxe Kirche zu zerstören. Das ist ihr auch vielfach gelungen.

Über dann richtete sich ihr Kampf auch gegen die evangelischen Gemeinden. Erst versuchte sie es mit Aufklärung, den „religiösen Dusek“ zu beseitigen. Da dies nicht fruchtete, vielmehr bekenntnisfreudige Evangelische gegen die aufklärerischen Vorträge der im Auftrag der Regierung redenden Professoren austraten unter großer Zustimmung des Volkes, ist man mit Terror vorgegangen und hat hier und da Kirchen geschlossen und manche Glieder derselben ins Gefängnis geworfen. Aber die kleinen Versammlungen können sie nur schwer fassen. Und trotz alledem geht die evangelische Bewegung weiter und es tagt immer mehr „Licht im Osten“. St.

Adalbert v. Chamisso.

Zum 150-jährigen Geburtstage am 27. 1. 1931.

Adalbert v. Chamisso ist der einzige Ausländer, der ein Deutscher geworden, sich in der deutschen Literatur einen Namen gemacht hat. Als Franzose im Schloß Boncourt in der Champagne am 27. Januar 1781 geboren und am 30. 1. auf den Namen Adelaide getauft, mußte er infolge der Revolutionswirren mit seinen nun verarmten Eltern und Geschwistern sein Vaterland verlassen und fand eine Zuflucht in Berlin, wo er 1796 Page der Königin wurde und 1798 Leutnant in einem Infanterieregiment. 1806 verließ er den Heeresdienst und begab sich auf Reisen, 1812 kehrte er nach Berlin zurück und studierte Medizin und Naturwissenschaft. Als Naturforscher nahm er von 1815 bis 1818 teil an der Expedition des russischen Schiffes *Nurik* in die Südpazifik, deren Ergebnisse er in einem Tagebuche beschrieb. Wohlbehalten zurückgekehrt, wurde er Rostos am botanischen Garten und dann Vorsteher des königlichen Herbariums in Berlin und zugleich Mitglied der Akademie der Wissenschaften. In seinen Mußstunden widmete er sich der Dichtkunst und gab mit Gustav Schwab zusammen von 1832 bis 1838 den Deutschen Mufen-Almanach heraus. In dieser Zeit trat seine Lyrik in ihre Vollreife und machte ihn zum Liebling des deutschen Volkes, dem er in Sprache, Kunst und Wissenschaft sich ganz und gar assimiliert hatte, so daß der Kronprinz Friedrich Wilhelm ihm schrieb: „Woher haben Sie nur dieses göttliche Deutsch?“ In der Tat ist er als Lyriker besonders von Goethe beeinflusst, während er in der Form von Verlaine, dessen Gedichte er übersehte, vielfach bestimmt wurde. Neben garten, innigen Liebesliedern stehen ergreifende Balla-

den, z. B. „Die Löwenbraut“. Tief empfunden ist sein Gedicht „Schloß Boncourt“, dem nach Wilmar's Urteil nur wenige der lyrischen Produkte unserer Literatur an die Seite gestellt werden können.“

„Ich träum' als Kind mich zurücke
Und schüttelte mein greises Haupt.
Wie suchst ihr mich heim, ihr Bilder,
Die lang ich vergessen geglaubt?
Geh' ragt aus schatt'gen Gehägen
Ein schimmerndes Schloß hervor;
Ich kenne die Türme, die Zinnen,
Die steinerne Brücke, das Tor.
So stehtst du, o Schloß meiner Väter,
Mir treu und fest in dem Sinn,
Und bist von der Erde verschwunden,
Der Flug geht über dich hin.“

Er verfügt über einen frischen Humor, der sich z. B. in der „tragischen Geschichte von dem Poppe“ zeigt; auch die politische Satire ist ihm nicht fremd, z. B. im „Nachwächterlied.“

Ja, wir haben in ihm, der von der romantischen Schule ausgehend, später selbständige, mehr realistische Bahnen einschlug, sogar einen schon modernen Dichter, der die Technik und sozialen Zustände in den Kreis seiner Dichtung hineinzieht, z. B. „Das Dampfrohr“ und das allbekannte Gedicht „Die alte Waschfrau“ mit dem tiefethischen Schlusswort:

„Und ich an meinem Ende wollte,
Ich hätte, diesem Weibe gleich,
Erfüllt, was ich erfüllen sollte
In meinen Grenzen und Vereich!
Ich wollt', ich hätte so gewußt,
Am Reich des Lebens mich zu laben
Und könnt am Ende gleiche Luft
An meinem Sterbende haben.“

Was den Dichter aber weltbekannt gemacht hat, ist sein Märchen „Peter Schlemihl“ oder „Der Mann ohne Schatten“, das in die meisten Sprachen übersetzt ist. Man hat es verschiedentlich erklärt, Gedeke sieht in dem Schatten das Wesenlose, Nichtige. Die meisten Literaturhistoriker denken, wie Wilmar, „der Dichter habe in den Freiheitskriegen sehr darunter gelitten, daß er aus seiner Nation ausgestoßen sei und habe hier den Schmerz über den Verlust des Vaterlandes poetisch gestaltet und zugleich verjöhnt.“ St.

hatte, war e
bersteht, daß
Volkes die Za
in seinen G

Seit jen
andere Welt
europäische
sche Reich an
Grenzen eing
unerträgliche
wir in täglic
gestellt, nach
reller und vi
Leben ist lau
den Deutschen

Haben w
Trotz allem
einer Jubel
Erntes und
auf dem so
findung auf
freiheit, um
Gegenwart u

Der Rei
Reichsgeban
weisen ist, sch
dann 1871 d
füllung ging

Aber ni
Der Tag hat
ländische Ent
ist uns genou
Reichsgründu
Geldbühn der

Reichserhaltu
überhaupt. S
auch die Fre
Mein Schlus
fische, stück
deutschen Vol
Die Klust lie
selbst gegenü
unvermeidlich
ihnen ist nati
teien ist zu
Verbundenhe
Zweck, nichts
den Dienst an

Abshlie
mehr Vertra
zu zeigen. S
das sich selb
Professe
Auf zur we
daher kein
die ganze V
stigen Wiede
nungsreudig

„Nimmer
Möge beides
gründungsfe
Nachdem
5. Symphonie
hatte, nahm

zu einer Au
Bange
wechselvolle
jendjährigen
sten Stürme
geht, wenn e
heit und an
innerung an
nen und uns
uns die inn
erschütterte
stiegs fortzu
des deutsche
verehrten G
Reichsgründ
Feiertunde
Wir we
sage Zukunft
feierlichen V
sprechend an
naler Wohl
Deutschen M
dens zu sein
Volk unsere
denken an d
Zeugnis ab

Nasser
Die U
den Hochru
ten Strophe
Währer
treppe zum
Reichswehr
Aufstellung
schenmenge
ungünstigen
tagsgebäude
vielen Krän
gefunden. R
erichollen,
Reichswehr
präsident ur
schen und i
allseits grüß
ter den Klä
Zubelrufen
dann entblü
wehrminister
Zahnkomp
panie ab.

Unter
präsident vo
zur Reichsgr

— Reich
wärtig in B
Zareff Mutiu

hatte, war erfüllt: ein Deutsches Reich. So ist zu verstehen, daß mit diesem Tage das Bewußtsein des Volkes die Tatsache der Reichsgründung verbunden und in seinen Erinnerungsfeiern festgehalten hat.

Seit jenem 18. Januar heute 60 Jahre! Eine andere Welt und Umwelt! Ein Weltbeben hat die europäische Staatenordnung erschüttert und das deutsche Reich an den Abgrund gerissen. Es hat ihm seine Grenzen eingedrückt und aus der Quelle einer Lüge unerträgliche Lasten aufgezogen. Nach außen sind wir in täglichen Kampf um Recht und Gerechtigkeit gestellt, nach innen sind wir in wirtschaftlicher, kultureller und vieler anderer Not. Das staatlich-politische Leben ist tausendfach kompliziert und der Streit unter den Deutschen oft bis zur Siedehitze gestiegen.

Haben wir Anlaß zu einer Reichsgründungsfeier? Trotz allem und mit heilem Herzen: Ja! Nicht zu einer Jubelfeier, aber zu einer Feierstunde tiefen Ernstes und heiliger Entschlüsse, zu einer Atempause auf dem so heißen Rückweg zur Höhe, zur Selbstbesinnung auf den Werdegang deutscher Einheit und Freiheit, um daraus Gewissenschlüsse zu ziehen auf Gegenwart und Zukunft.

Der Redner gedachte dann rückblickend, wie der Reichsgebirge immer wieder die treibende Kraft gewesen ist, schon 1813-14 und dann wieder 1848, bis dann 1871 der Traum des deutschen Volkes in Erfüllung ging. Professor Kahl fuhr dann fort:

Aber nicht Gedächtnis und Erinnerung allein! Der Tag hat tiefere Sinn: Willenserneuerung, vaterländische Entschlüsse im Geist unserer Geschichte. Vieles ist uns genommen, das Reich ist geblieben. Feiern der Reichsgründung kann keinen anderen Sinn haben, als Gelöbnis der Reichserhaltung, als die Lösung „Haltet das Reich!“

Reichserhaltung ist die Lebensfrage des Deutschlands überhaupt. Halten wir heute die Einheit, so wird auch die Freiheit wieder leuchten. Was ist zu tun? Mein Schlusssatz auf diese Frage richtet sich an jenes fittliche, vaterländische Wiederaufbaufähige im deutschen Volk. Staat und Volk ist das Grundproblem. Die Luft liegt heute in der Zerrissenheit des Volkes selbst gegenüber dem Staat. Parteien an sich sind unvermeidlich, ja notwendig, auch der Streit unter ihnen ist naturgemäß. Selbst die Vielfalt von Parteien ist zu ertragen, aber es fehlt an der inneren Verbundenheit der Parteien untereinander im letzten Zweck, nichts anderes zu sein als Gliederungen für den Dienst an Staat, Volk und Vaterland.

Abschließend erhob der Redner die Mahnung, mehr Vertrauen, mehr Geduld und mehr Dankbarkeit zu zeigen. Verloren, so bekante er, ist nur das Volk, das sich selbst verloren hat.

Professor Kahl erinnerte zum Schluß an Nichtiges auf zur weltgeschichtlichen Verantwortung: „Es ist daher kein Ausweg, wenn Ihr versinkt, so versinkt die ganze Menschheit mit ohne Hoffnung einer einzigen Wiederherstellung“ und an Schenkendorffs hoffnungsfreudige Verheißung der Zukunft:

„Nimmer wird das Reich zerstückt, wenn Ihr einig seid und tren!“

Möge beides der dauernde Gewinn unserer Reichsgründungsfeier sein. (Beif. Beifall.)

Nachdem das Orchester von der Beethovenschen 5. Symphonie in C-Moll den vierten Satz vorgetragen hatte, nahm das Wort

Reichskanzler Dr. Brüning zu einer Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Vange Sorgen lasten schwer auf uns, aber das wechselliebende Geschehen unseres Volkes in seiner tausendjährigen Geschichte bezeugt, daß es auch die härtesten Stürme überwindet und siegreich durch alles Leid geht, wenn es einig und geschlossen ist. An diese Einheit und an dieses Zusammenhalten soll uns die Erinnerung an jenen Höhepunkt deutscher Geschichte mahnen und uns leuchtend vor der Seele stehen. Sie wird uns die innere Kraft geben, unerschrocken und unerschütterlich auf dem Wege des deutschen Wiederaufbaus fortzuschreiten, auf dem uns das Oberhaupt des deutschen Volkes vorangeht. Ihn, unseren hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, als Zeugen der Reichsgründung heute unter uns zu sehen, gibt dieser Feierstunde eine besondere Weihe.

Wir werden in dem Glauben an eine bessere deutsche Zukunft nicht verzagen und alles daran setzen, dem feierlichen Wunsch der Proklamation von 1871 entsprechend auch unsererseits auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit Mehreres dem Deutschen Reiches an den Gütern und Gaben des Friedens zu sein. Für dieses Ziel wollen wir für Reich und Volk unsere letzte Kraft hingeben und dafür im Gedanken an den großen Kanzler, den Fürsten Bismarck, Zeugnis ablegen in dem Ruf:

Unser geliebtes Vaterland, es lebe hoch!

Die Anwesenden stimmten dreimal begeistert in den Hochruf ein. Mit dem Gefang der ersten und dritten Strophen des Deutschlandliedes schloß die Feier.

Während der Feier hatten vor der großen Freitreppe zum Reichstagsgebäude die Ehrenkompanie der Reichswehr und einige Abteilungen der Schutzpolizei Aufstellung genommen. Auch eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich schon Stunden vorher trotz der ungünstigen Witterung auf der Rampe des Reichstagsgebäudes und auf dem weiten Platz um das von vielen Kränzen geschmückte Bismarck-Denkmal eingefunden. Brausender Jubel und Hoch- und Heilrufe erschollen, als schließlich die Fahnenkompanie der Reichswehr und nach den Veteranen auch der Reichspräsident unter Salutsschüssen auf der Freitreppe erschienen und unter den Klängen des Deutschlandliedes, allseits grüßend, langsam die Stufen herabschritt. Unter den Klängen des Präsentiermarsches und lauten Jubelrufen schritt Reichspräsident von Hindenburg dann entblößten Hauptes in Begleitung des Reichswehrministers und mehrerer Offiziere die Front der Fahnenkompanie und der präsentierenden Ehrenkompanie ab.

Unter erneuten begeisterten Rufen fuhr Reichspräsident von Hindenburg dann in den Sport-Palast zur Reichsgründungsfeier des Kyffhäuserbundes.

Hinter verschlossenen Türen.

Geheimtätigkeit der Kommission.

Deutschland beharrt auf Einladung Rußlands und der Türkei. — 27. Minister bei Briand. — Unterredung Curtius-Henderson.

Genf, 19. Januar. Reichsaussenminister Dr. Curtius stattete in Genf dem englischen Außenminister Henderson einen Besuch ab und dankte ihm für seine Bereitwilligkeit, an Stelle Deutschlands den Vorsitz der Januartagung des Völkerbundes zu übernehmen. Die sich daran anschließende Aussprache dauerte längere Zeit. Wie verlautet, erörterten die Minister die Minderheitenfrage sowie einige wirtschaftspolitische Probleme.

Die europäische Konferenz hielt eine Geheimtätigkeit ab, in deren Verlauf in der Hauptsache darüber diskutiert wurde, ob Rußland und die Türkei zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollen. Reichsaussenminister Dr. Curtius eröffnete den Rednerreigen und setzte sich erneut für die Einladung Rußlands und der Türkei ein. Unter Hinweis auf die Ausführungen des italienischen Außenministers Grandi vom Vortage betonte der deutsche Außenminister dann erneut, wenn die europäische Union ihren Zweck erfüllen sollte, müsse sie alle europäischen Staaten umfassen.

Lebte es sei es auch vom Standpunkt der europäischen Wirtschaftslage aus äußerst bedenklich, Rußland auszuschließen. Minister Curtius erinnerte daran, daß Rußland bereits zehnmal in der Nachkriegszeit an europäischen Konferenzen teilgenommen habe, so z. B. an der Konferenz von Genua. Außerdem sei Rußland in der Abrüstungsfrage eine vollberechtigte Partner zur Erhaltung des Friedens. Eine Lösung der Frage in dem Sinne, daß man die Tür für beide Staaten einfach offenhalte, ohne sie direkt zur Mitarbeit aufzufordern, halte er für bedenklich.

Der Vertreter Rumäniens, der rumänische Botschafter in London, Titulescu, machte formale Einwendungen gegen die Einladung Rußlands und der Türkei geltend. Die Kommission, so erklärte er, habe gar nicht das Recht, neue Mächte zur Teilnahme an den Verhandlungen über eine paneuropäische Union

aufzufordern, höchstens könne sie die Hinzuziehung neuer Mächte befürworten, die Entscheidung aber habe der Völkerbund. Der Vertreter Norwegens bestritt, daß eine Auslegung der Verhandlungen.

Der englische Außenminister Henderson erklärte sich grundsätzlich mit dem deutschen Antrag auf Hinzuziehung weiterer Mächte zu den paneuropäischen Verhandlungen einverstanden und bestritt, daß eine befehlsmäßige Klärung dieser Frage.

Im Anschluß an die Geheimtätigkeit gab Briand ein Essen, an dem die 27 bei der Konferenz vertretenen Minister europäischer Staaten teilnahmen.

Das Programm der nächsten Genfer Arbeiten.

Genf, 19. Januar. Die europäische Konferenz hat entgegen den ursprünglichen Absichten ihre Arbeiten an 2 Tagen nicht erledigen können. Die Konferenz wird noch bis Dienstag oder auch bis Mittwoch tagen. Da heute die Völkerbundsstatuttagung beginnt, hat Briand mit dem Generalsekretär vereinbart, daß zunächst einmal heute und morgen vormittags Ratifikationen und am Nachmittag Verhandlungen der europäischen Konferenz stattfinden.

Massenentlassung von Lehrern.

Zu Disziplinarverfahren. — Auch eine Maßnahme zur Bekämpfung des deutschen Schulwesens.

Kattowitz, 19. Januar. Wie die polnischen Zeitungen berichten, hat die Disziplinarcommission beim Kattowitzer Appellationsgericht die Entlassung von 52 deutschen Lehrkräften befähigt. Gegen weitere 125 deutsche Lehrer soll gleichfalls ein Verfahren, dessen Ziel die Dienstentlassung ist, schweben. Begründet werden diese Kampfmaßnahmen gegen die deutsche Schule in Oberschlesien damit, diese Lehrer hätten von einer reichsdeutschen Lehrerverorganisation Unterstützung angenommen. Die entlassenen Lehrer werden sich auch weiterhin zur Wehr setzen und die Disziplinarcommission des polnischen Innenministeriums anrufen.

„Das Versprechen nicht gehalten!“

Vandervelde für eine Revision der Verträge.

Brüssel, 19. Jan. Am Sonnabend abd. hielt der ehemalige Außenminister Vandervelde vor der sozialistischen Jugend eine Rede, in der er u. a. feststellte, daß die Entente-mächte das in Versailles gegebene Abrüstungsversprechen nicht gehalten hätten. Man könne deshalb Deutschland auch nicht länger hindern, wieder zu rüsten. Die belgischen Rüstungsausgaben hätten 100 Millionen betragen, heute seien sie auf 1200 Millionen Franken angewachsen. In dieser hohen Summe seien die außerordentlichen Ausgaben noch nicht enthalten. Die Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen Zustandes in Europa bedinge eine Aufrüstung und müsse zu einem neuen Kriege führen. Deshalb sei es nötig, die bestehenden Verträge auf dem Wege der Verständigung einer Revision zu unterziehen.

Reichsgründungsfeier in London.

Der Empfang in der Londoner Botschaft.

v. Neurath gegen die Kriegsschuldlüge.

London, 18. Januar. Anlässlich der Reichsgründungsfeier empfing der deutsche Botschafter, Freiherr von Neurath, die Mitglieder der deutschen Kolonie. Es waren über 200 Personen erschienen. Mit einer Rede würdigte der Botschafter das große Werk des Altreichskanzlers um das Zustandekommen und die Erhaltung der deutschen Einheit und erinnerte an den großen Aufschwung von Handel und Industrie, von Kunst und Wissenschaft in dem geeinten Deutschland. Es sei dann der Krieg gekommen, den Deutschland nicht gewollt und nicht heraufbeschworen habe, obwohl es gezwungen worden sei, seine Unterdrückung unter den „Frieden“ von Versailles zu setzen. Es müsse späteren Geschlechtern vorbehalten bleiben, die großen Leistungen des deutschen Volkes während des Krieges und später richtig zu würdigen. Der Botschafter erwähnte die Anwesenheit, für das Wohl des deutschen Volkes zu arbeiten. Sie sollten sich des Wortes unseres allverehrten geistigen Reichspräsidenten erinnern, „nichts für uns, sondern alles für das Vaterland“. Die Rede schloß mit einem Hoch auf das Reich, worauf das Deutschlandlied gesungen wurde.

Reichsgründungsfeier in Wien.

Burschenschafts-Kundgebung für die Vollendung der nationalen Einigung.

Die Wiener örtliche deutsche Burschenschaft und die Vereinigung der alten Burschenschaftler in Wien feierten in einem der größten Säle der Stadt unter sehr starker Beteiligung den 60. Jahrestag der Reichsgründung durch einen Festkommers. Zu diesem waren an offiziellen Persönlichkeiten erschienen der Rektor der Wiener Universität, Professor Liebersberger, mit zahlreichen Professoren, ferner ein Vertreter der deutschen Botschaft, ein Vertreter der Regierung und die Vorstände der nationalen Verbände.

Stud. jur. Dietrich, von der den Vorsitz führenden Burschenschaft Teutonia hielt die Festrede, in der, wie auch in den folgenden Ansprachen, unter wiederholtem Hinweis auf die politischen Vorgänge der Gegenwart, dem einmütigen Willen der deutschen Burschenschaftler Ausdruck gegeben wurde, alle Kräfte für die nationale Einigung einzusetzen.

Der Rektor der Universität betonte, daß er es als seine bedeutendste Aufgabe betrachte, das von seinem Vorgänger an der Universität eingeführte, vielfach umstrittene deutsche Studentenrecht zu behaupten und auszubauen.

Diskussion über die Kriegsschulden.

Die Streichung der Kriegsschulden ein Heilmittel für die Wirtschaftskrise.

Im Rahmen der Erörterungen über die Streichung der Kriegsschulden erklärte Herbert E. Houston-Neuwirth, der auch der Internationalen Handelskammer angehört, das Rezept, die Wirtschaftskrise durch die Streichung der Kriegsschulden zu bekämpfen, sei durchaus nicht so selbstverständlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen möge. Die Internationale Handelskammer werde bei ihrer nächsten Sitzung im Mai in Washington die Frage der Rückwirkung der durch die internationale Verschuldung hervorgerufenen hohen Steuern auf den Weltmarkt erörtern. Wenn auch die endgültige Entscheidung über diese Frage bei der Regierung liege, dürfe doch angenommen werden, daß das Eintreten der öffentlichen Meinung für die Streichung der Schulden dieses Ziel auch erreichen werde. Möglicherweise ließe sich auch die Frage der Schuldentilgung mit der Abrüstungsfrage verbinden.

Diktaturpläne in Spanien?

Der „Temps“ über die Pläne der Verschwörer. — Die Regierung betrachtet ihre Stellung als gefährdet.

Nach einer Mitteilung des Sonderberichterstatters des „Temps“ aus Spanien haben die letzten politischen Zwischenfälle bei den Generälen, die früher die Diktatur des verstorbenen Generals Primo de Rivera unterstützten, eine Gegenbewegung hervorgerufen. Bei einem bekannten Arzt sollen häufig Versammlungen dieser Generäle stattgefunden haben. Kürzlich habe General Saro im Namen seiner Freunde den Ministerpräsidenten, General Berenguer, die Wünsche der Armee übermitteln, die er und seine Freunde zu vertreten behaupten.

Sie sollen vor allem verlangen, daß die wegen Teilnahme an der letzten Revolutionsbewegung angeklagten Personen freigegeben werden und daß bei den geringsten Anzeichen neuer Unruhen die Diktatur sofort wieder hergestellt werde. General Saro sei sogar soweit gegangen, General Berenguer den Vorsitz des Militärdirektoriums, das in einem solchen Falle gebildet werden würde, anzubieten. General Berenguer soll dieses Anerbieten aber energisch abgelehnt haben und entschlossen sein, den Plänen der Diktaturanhänger tatkräftig entgegenzutreten.

Trotzdem sollen die Verschwörer nicht auf ihre Absicht verzichtet haben, und zahlreiche von ihnen seien zur Zeit in Madrid versammelt. Monarchisch gesinnte Persönlichkeiten, die von der Verschwörung Kenntnis erhalten hätten, hätten diese einstimmig abgelehnt. Ebenfalls sollen mehrere Generäle, die hohe Stellen inne hätten, die an sie ergangene Aufforderung, sich der Bewegung anzuschließen, abgelehnt haben. Die politischen Schwierigkeiten würden innerhalb der Armee verschieden beurteilt. Es habe aber den Anschein, daß General Berenguer in der Armee und in der öffentlichen Meinung die Unterstützung finden werde, die er zur Verhinderung eines neuen militärischen Staatsstreiches brauche.

Die spanische Nachrichtenagentur veröffentlicht eine halbamtliche Meldung, nach der die Stellung der Regierung „täglich stärker wird“.

Rückgang des Außenhandels.

Gesamtbilanz für 1930. — 1100 Millionen Mark Ausfuhrüberschuss.

Nachdem nunmehr die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Dezember vorliegen, kann man eine Gesamtbilanz für 1930 ziehen. Im Dezember ist die Einfuhr um 53 Millionen auf 851,9 Millionen Mark, die Ausfuhr um 28,4 auf 851,9 Millionen Mark zurückgegangen. Der Rückgang der Ausfuhr im Dezember ist also nur geringfügig, im übrigen auch kleiner, als man es aus jahreszeitlichen Gründen erwartet hatte.

Für das Gesamtjahr 1930 ist die Einfuhr im reinen Warenverkehr mit 10,4 Milliarden Mark gegenüber 13,4 Milliarden Mark für 1929 ausgewiesen. Der Rückgang der Einfuhr beziffert sich hierauf auf 3,0 Milliarden Mark. Tatsächlich dürfte jedoch der Einfuhrückgang noch annähernd 300 Millionen Mark mehr betragen; denn infolge der durch die Lagerabrechnungen hervorgerufenen zeitlichen Verschiebungen in den statistischen Aufzeichnungen ist die Einfuhr für 1929 um 84 Millionen Mark zu niedrig, die Einfuhr für 1930 schätzungsweise um rund 200 Millionen Mark überhöht nachgewiesen.

Der Einfuhrückgang um mehr als drei Milliarden Mark entspricht dem Wert nach einer Abnahme um fast 25 v. H. gegenüber dem Vorjahr. Das Einfuhrvolumen hat dagegen nur einen Rückgang um wenig mehr als 10 v. H. erfahren. Der Unterschied läßt den starken Einfluß erkennen, den das Fallen der Weltmarktpreise auf die Wertergebnisse der Einfuhr im Jahr 1930 gehabt hat.

Die Ausfuhr, ausschließlich der Reparations-Sachlieferungen, ist von 12,7 Milliarden Mark im Jahr 1929 auf 11,3 Milliarden Mark im Jahr 1930 zurückgegangen. Die Reparations-Sachlieferungen betragen im Berichtsjahr 707 Millionen Mark gegen 819 Millionen Mark im Jahr 1929. Einschließlich der Reparations-Sachlieferungen stellt sich die Ausfuhr im Jahr 1930 auf 12,0 Milliarden Mark gegenüber 13,5 Milliarden Mark im Vorjahr. Der Rückgang der Gesamtausfuhr beträgt mithin 1,5 Milliarden Mark.

Dem Wert nach bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme der Gesamtausfuhr um fast 11 v. H.; dem Volumen nach hat die Ausfuhr jedoch noch nicht um 5 v. H. abgenommen, also im Vergleich zur Einfuhr in erheblicherem Ausmaß.

Alles in allem weist die Handelsbilanz des Jahres 1930 unter Berücksichtigung der durch die Lagerabrechnungen bedingten Korrektur der Einfuhrzahl um rund 200 Millionen Mark und ohne Berücksichtigung der Reparations-Sachlieferungen einen Ausfuhrüberschuss von rund 1100 Millionen Mark auf; im Vorjahr hatte sie mit einem Einfuhrüberschuss in Höhe von 783 Millionen Mark abgeschlossen. Unter Berücksichtigung der Reparations-Sachlieferungen stellt sich der Ausfuhrüberschuss auf 1800 Millionen Mark gegenüber einem Einfuhrüberschuss von nur 36 Millionen Mark im Jahre 1929.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Festsetzung der Tagesordnung für die erste Sitzung im neuen Jahre.

Präsident Variels hat jetzt die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Preussischen Landtags festgesetzt, der nach längerer Weihnachtspause am Dienstag, den 27. Januar, wieder zusammentritt. Zur Beratung stehen neben einer großen Reihe kleinerer Vorlagen die Verordnung der Staatsregierung über die Gehaltsförmung der Beamten und die Gesetzentwürfe zur Verlängerung und Milderung der preussischen Realsteuern, die bereits vom preussischen Staatsrat genehmigt worden sind.

Am Mittwoch, den 28. Januar, soll die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für das Jahr 1931 beginnen, und zwar voraussichtlich beim Haushalt der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

Die Arbeiten des Etats-Ausschusses.

Debatte über die Kündigung der Behördenangestellten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags erörterte in Fortsetzung der Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1931 zwei Anträge der Nationalsozialisten und

der Kommunisten über die Kündigungen der Angestellten der Reichsverwaltung.

Die Anträge wurden ohne weitere Abstimmung für erledigt erklärt, nachdem vom Reichsfinanzministerium bekanntgegeben worden war, daß diese Kündigungen durch Erlass vom 9. November 1930 sämtlich zurückgenommen worden seien, da durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eine andere Regelung dieser Frage möglich geworden war.

Alsdann genehmigte der Ausschuß den Bericht des Rechnungsunterausschusses über die Reichshaushaltsordnung sowie mehrere Etatskapitel.

Immer noch Lohnkämpfe.

Die Krefelder Verhandlungen wiederum gescheitert.

Die wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Tariflöhne für die Metallindustrie des Krefelder Bezirks sind wiederum erfolglos abgebrochen worden. Die Arbeitgeber ermäßigten ihre Forderungen von 12 bzw. 15 Prozent Lohnabbau auf 8 bzw. 10 Prozent.

Da diese Forderungen den Arbeitnehmervertretern zu hoch erschienen, machten die Arbeitgeber einen neuen nochmals ermäßigten Vorschlag, den die Gewerkschaften jedoch ebenfalls als Verhandlungsbasis ablehnten.

Damit sind die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft, und es wird ein Schlichtungsverfahren notwendig werden, um einen Streik in der Krefelder Metallindustrie zu verhindern.

Lohnsenkung im saarländischen Baugewerbe beantragt.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und die verwandten Betriebe im Saargebiet hat die bisherigen Löhne mit sofortiger Wirkung gekündigt und gleichzeitig eine zwölfprozentige Lohnherabsetzung beantragt. Zur Begründung der Lohnsenkung wird angeführt, sie sei zur Behebung des darniederliegenden Baumarcktes erforderlich.

Die Arbeitnehmerorganisation lehnt jede Verhandlung über die Lohnherabsetzung vor dem 31. März, dem nächstzulässigen Termin für eine Tarifkündigung ab.

Blutige Krawalle in Indien.

In Bombay kam es im Verlauf einer Kundgebung von 4000 Spinnereiarbeitern zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Drei Personen wurden schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht. — Eine andere Versammlung wurde von der Polizei mit Knütteln zerstreut. 30 Personen wurden schwer verletzt. — Später nahmen die Kundgebungen wieder an Heftigkeit zu, so daß die Polizei abermals zum Gummiknüppel griff. Dabei wurden 35 Personen verletzt. — Nach Mitteilungen der Krankenhäuser haben 200 Verletzte darin Aufnahme gefunden, von denen 55 schwer verwundet sind.

Sturm über Deutschland.

Zahlreiche Schäden im Reich.

Ganz Deutschland wurde von schweren nächtlichen Stürmen heimgesucht. Insbesondere wird über schwere Weststürme an der Nord- und Ostküste berichtet. Im norddeutschen Tiefland betrug die mittlere Sturmschwindigkeit etwa 70 Stundenkilometer. Bei Hannover erreichte eine der gewaltigen Böen eine Stundengeschwindigkeit von 140 Kilometer.

Im Hamburger Hafen wurde durch den Sturm verschiedentlich schwerer Schaden angerichtet.

In einzelnen Fällen wurden Dampfer abgetrieben; sie konnten jedoch später wieder festgemacht werden. Ein englischer Dampfer mußte in der Nähe von Cuxhaven wegen Kesselschadens und Verlust zweier Anker die Ausreise aufgeben und nach Hamburg zurückkehren.

In den Straßen Hamburgs wurden ebenfalls zahlreiche Schäden angerichtet. In Hannover und Umgebung waren die Stürme bei heftigen Regen- und Hagelschauern von Wintergewittern begleitet. In der Dreyerstraße wurden mehrere Dächer abgedeckt und die Trümmer über 50 Meter weit fortgeschleudert. In Berlin war die Feuerwehr ununterbrochen in Tätigkeit.

Zwischen den Stationen Garz und Hohenrabe in der Mark ist infolge von Sturmwinden ein Personenzug der Kleinbahn entgleist. Der Zugführer wurde sofort tot, und zwei andere Personen wurden verletzt.

Stürme und Unwetter.

Ein Wintergewitter über Köln.

Ganz Deutschland wurde in den letzten Tagen von schweren Stürmen und Unwettern heimgesucht. Über Köln und Umgebung ging Sonnabend nachmittag bei heftigem Schneegestöber ein Wintergewitter nieder. Jegendwelter Schaden wurde, soweit bisher bekannt, durch das Gewitter nicht angerichtet.

Wie in Deutschland, so wütete auch in Böhmen ein überaus heftiger Sturm, der stellenweise eine Geschwindigkeit von nahezu 100 Kilometern erreichte und bedeutende Schäden anrichtete. Sehr schwer sollen die Verheerungen sein, die das Unwetter im Böhmerwald und in den Wäldern des Erzgebirges anrichtete.

Die Todesopfer des Erdbebens in Mexiko.

Das Erdbeben in Mexiko hat zahlreiche Todesopfer gefordert. Aus der Stadt Michauatlan, 80 Kilometer südlich von Oaxaca, werden zwanzig Todesopfer des Erdbebens gemeldet. Nach einer weiteren Meldung haben in der Stadt Jimatlan 51 Personen bei dem Erdbeben ihr Leben eingebüßt. Nach einer Meldung der Associated Press sind in dem Dorfe Quilapova, etwa 50 Kilometer westlich von der gleichnamigen Hauptstadt des Staates Oaxaca, 30 Personen ums Leben gekommen. In dem Dorfe Huixtotepec, etwa 30 Kilometer südlich von Oaxaca, soll durch Einsturz einer alten Kirche eine größere Anzahl von Personen, die sich in der Kirche befanden, getötet worden sein.

Verkauf der Ozeanflugzeuge?

Wie Havas aus Rio de Janeiro meldet, ist dort das Gerücht verbreitet, daß Verhandlungen über den Ankauf der italienischen Flugzeuge, die den Ozean geschwaderflieg durchführten, stattgefunden haben. Die Bezahlung der Flugzeuge soll mittels Kaffeelieferungen erfolgen.

Sicherheit im Militärflugwesen. — Auf 16 903 Flugstunden entfällt ein Todesfall.

Die Abteilung für Luftfahrt des Kriegsministeriums gibt eine Statistik über die Flugsicherheit bekannt. Danach kamen im Jahre 1921 1718 Flugstunden auf je einen Todesfall bei Armeeflüglern gegenüber 16 903 Flugstunden im letzten Halbjahr 1930, und zwar verließen während des letzten Halbjahres 11 Flugunfälle tödlich, wovon fünf durch Zusammenstoß in der Luft verursacht worden sind.

Mitteilung.

Ausbildungskursus für Leiter, Helfer und Diakonen christlicher Vereine findet wieder in Bethel statt von Montag, den 2. Februar, bis Sonnabend, den 7. Februar. Anmeldungen dazu an Diakon W. Duwe, Bethel-Bielefeld, der nähere Programme mitteilt.

Für Posaunenchor und Dirigenten. Die für Sonntag, den 8. Febr. 1931, nachm. 15.00 Uhr für Herford angezeigte Gaudiumversammlung der Bläser, Helfer, Dirigenten und Leiter der Posaunenchor ist für denselben Tag und Zeit nach Bad Deynhausen, Gemeindehaus Waldersee, verlegt worden.

Mit freundlichem Gruß i. A. W. Duwe, Diakon.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer. Heute, Montag 8¼ Uhr wieder Männerchor in „Ephrata“.

Frauenhilfe. Mittwoch, den 21. Januar, im Jungfrauenaal des Altpapheums. J. B. E. Brandt.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Bekanntmachung.

Die festgesetzte Jahresrechnung der Amtsgemeindekasse Gadderbaum für 1929 liegt vom 20. Januar 1931 ab 14 Tage lang auf dem hiesigen Amte aus.

Gadderbaum, den 14. Januar 1931.

Der Ehrenbürgermeister: gez. Dr. Hüttel.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 der Regierungspolizeiverordnung vom 18. 10. 1905 (Amtsbl. S. 248), 26. 10. 1905 (Amtsbl. S. 272) betr. der Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen usw. wird hiermit

das Rodeln auf den öffentlichen Straßen der Gemeinde Gadderbaum, mit Ausnahme folgender Straßenteile: Hohe Egge herunter bis Vogt (Pellaweg), Weg vom Gemeindefriedhof bis Hebron, Weg vom Hause Pella bis zur Aufbauschule, Dorfplatzweg vom Bethelweg ab, verboten. Diese Ausnahme gilt nur unter der Bedingung, daß die Bahnen auf eigene Gefahr betreten und befahren werden. Den hieraus sich ergebenden Weisungen und Anordnungen der Landjäger- und Polizeibeamten, sowie mit Legitimation versehenen Beauftragten ist nach § 2 der Polizeiverordnung unbedingt Folge zu leisten.

Zu widerhandlungen werden nach § 3 der Verordnung bestraft.

Gadderbaum, den 15. Januar 1931.

Die Polizeiverwaltung: gez. Dr. Hüttel.

Ernst Münch, Brackwede

Telefon 2426 Gegr. 1886 Hauptstraße 81
Uhrmachermeister, Optiker

ZentRa- und ZentRa-Tavannes Uhren

Platura Bestecke, einziges Fabrikat mit eingelöteten Silberplatten an den Aufhängestellen

Moderne Augenoptik, Brillen, Klemmer, Ferngläser, Theatergläser

Schmuck, Alfenidewaren, Kristall

Trauringe!

Raumnotmöbel

Sofa

Sessel

Ruhebetten

Wäschektruhen

Diwanddecken

In bekannter Güte.

Polsterwerkstätten Ordelleide

Bielefeld, Kreuzstraße 43.

Tilsiter Vollfettkäse

mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 1.00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkolliis untl. Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stotzka
Dampfmolkerei Jedwillen,
Post Motzweihen. Tilsiter Niederung.

Evianis-Edelmargarine

gleichet die Fehler der heutigen Ernährung aus, überbrückt die Kluft zwischen

Rohkost und Feinkost,
Naturnahrung und Kulturnahrung.

Auch Sie sollten sich durch einen Versuch überzeugen.

Evianis-Margarine-Gesellschaft m. b. H.
Lippinghausen bei Herford

Zu haben in allen Ophir-Geschäften.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefern als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlö) sowie in bester

Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch

Pastor Kuhlö in seinen „Posaunen-rufen“ — Seite 20-26

Katalog und Preisliste gratis.

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich